

Zwei Jahre nach der Flutkatastrophe nimmt die Ermüdung zu

Nicht bedingt durch den fordernden Wiederaufbau, sondern durch die zermürbende Bürokratie.

von Daniel Lücking, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Büro Dr. André Hahn MdB

Fördergelder aus dem Hilfsfonds sind für die Betroffenen der Starkregenkatastrophe oft schwer zu mobilisieren. Einer der Hauptgründe: Das Antragswesen folgt der Logik von Versicherungen, aber nicht der wirtschaftlichen und ökologischen Logik. Vieles kann nicht gefördert werden, sobald der Wiederaufbau eher einem zweckmäßigen Neubau gleicht.

So kann ein sinnvolles Nahwärmekraftwerk beispielsweise nicht gefördert werden, weil es zuvor nur Einzelheizungen in Gebäuden gab. Dass das Nahwärmekraftwerk ökologischer ist, Energie spart und eigentlich ein Vorzeigeobjekt für eine sinnvolle Dorferneuerung, spielt für den Wiederaufbau-Fonds keine Rolle – er zahlt nicht. Was hier fehlt, ist eine Modellrechnung für Wiederaufbaukosten, die entweder für den „1:1-Wiederaufbau“ gezahlt werden oder aber als Budget für eine „Neukonzeption mit zukunftsfähigen Projekten“.

Ein weiteres Beispiel ist der Neubau von Sportanlagen. Mit fiktiven Zahlen ausgedrückt: Der Wiederaufbau-Fonds fördert lieber mit 600.000 Euro drei neu zu errichtende kleine Sportplätze in drei Gemeinden mit jeweils 200.000 Euro, als die Idee der drei Gemeinden, einen gemeinsamen, größeren Sportplatz für 300.000 Euro zentral in einer der Gemeinden anzulegen. Das ist sowohl steuerrechtlicher und betriebswirtschaftlicher Irrsinn, als auch an der demografischen Entwicklung vorbei.

Für jeden, der wiederaufbaut, hält die Verwaltung Hindernisse bereit. Egal ob Brandschutz, bislang nicht vorhandene oder nicht mehr nachvollziehbare Baugenehmigungen oder aber – potenziell – Großbaustellen vor der Haustür, die den Bau auf dem eigenen Grundstück verzögern oder den Abriss alter Gebäude unmöglich machen.

Hinzu kommen lang andauernde Bewilligungsverfahren. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Ahrweiler schilderte, er arbeite mit 55 Mitarbeitenden das Arbeits- bzw. Antragsvolumen eines Landesinnenministeriums ab. Hinzu kommt der Beamtendreikampf, bei dem Entscheidungs- und Ermessensspielräume lieber nicht genutzt werden, als eventuell etwas falsch oder „nicht ganz rechnungshofkonform“ zu entscheiden.

Insgesamt: Die Nerven liegen immer öfter blank, die Ergebnisse lassen oft zu lange auf sich warten.

Dringend nötig ist aus Sicht der Betroffenen:

- Antragsverfahren vereinfachen
- Ausschreibungen so regeln, dass frühester Baubeginn möglich, statt langwierige europaweite Ausschreibungen
- insbesondere in Fragen der Heiz-, Energie- und Telekommunikationsnetze muss deutlich werden, dass lieber neueste Technologien zu fördern sind, als auf Lösungen zu bestehen, die weder ökologisch sinnvoll, noch langfristig nachhaltig sind
- ehemals besiedelte Flächen, die der Ahr zurückgegeben werden, sind oft schwer bis gar nicht im näheren Umfeld ausgleichbar
- Überlegungen einer zeitlich befristeten Sonderwirtschaftszone

- gelockerte Regelungen aus dem ersten halben Jahr waren gut, werden aber längerfristig benötigt
- problematisch seien auch einzelne Privatbesitzer, die aus Flutgebieten nicht weichen wollen oder Menschen, die den Wiederaufbau nicht bewerkstelligen können, aber die Ruinen auch nicht abgeben oder freigeben.
- Tourismus würde der Region helfen, aber Campingplätze können wegen Antragsstaus nicht neu eröffnen. Befristete Duldungen sind zwar möglich, aber die Platzbetreiber wollen keine ungewissen Investitionen tätigen, wenn das Risiko droht, dass die Duldung nicht in eine Baugenehmigung übergeht.

Matthias W. Birkwald MdB hat ein wenig gebohrt und ein anderes Problem zu Tage gefördert: Trotz zahlreicher Hochwässer seit 1348, wird aus „Heimatverbundenheit“ an den Siedlungsgebieten festgehalten und die Grundstückspreise sind weiterhin auch sehr hoch. Dass dem Ahrtal mit jedem weiteren länger anhaltenden Starkregen neue Hochwasser drohen, wird ausgeblendet und man geht von einem „Jahrhunderthochwasser“ aus, dass ja nur alle 400 Jahre so richtig schlimm sei. Dass es schon 2016 eine Wetterlage gab, die nur durch Zufall und günstigen Wolkenzug nicht zu einer vergleichbaren Katastrophe führte, lächeln die Einheimischen weg.

Bewertung:

Unbestreitbar hilft ein Milliarden-Fonds, aus dem nur wenig und zu langsam Geld abfließt, niemandem. Gemeinden mit einzelnen Projektbüros individuell agieren zu lassen, scheint mir wenig sinnvoll, wenn das Gesamtkonzept für das Ahrtal nicht existiert oder – im Bereich des Hochwasserschutzes – nur zu langsam entwickelt wird. Die lokale Verwaltung ist an der Grenze der Belastbarkeit, weil die Strukturen des Normalbetriebs nicht auf die große Zahl an Anträgen reagieren können.

Hilfreich könnte ein Regionalkoordinator sein, der insbesondere politische, haushälterische und rechtliche Sackgassen schnell erkennt und nach geeigneten Regelungen und politischen Lösungen sucht. Das sollte kontinuierlich besetzt erfolgen, ist aber von Gemeindegemeindeführern nicht zu leisten.